

## 50 Jahre Bundeswehr Anlaß für Neubestimmung

### OFRI diskutierte Konsequenzen aus Mißhandlungen

Osnabrück – Als Konsequenz aus den Mißhandlungen bei der Bundeswehr müssen die Bestrafung der Verantwortlichen und die eindeutige Klärung des Verteidigungsauftrages im Vordergrund stehen. Darin bestand Einigkeit in einer Diskussion, zu der die Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI) eingeladen hatte. Grünen-Abgeordneter Winfried Nachtwei forderte, 50 Jahre Bundeswehr 2005 für eine Neubestimmung zu nutzen.

Während der stellvertretende Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Günther Husemann für mehr gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte der Soldaten in Friedenszeiten eintrat, bezeichnete der Kommandeur des Sanitätsregiments in Fürstenau, Maximilian Schlesiger, die bestehenden Instrumente mit Wehrbeauftragtem und Vertrauensleuten als ausreichend. Nachtwei bemängelte die „Dickfälligkeit in der Bundeswehr“ gegen eine aktivere Beteiligung der Soldaten.

Für die OFRI kritisierte Uwe Afemann die Neuausrichtung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze außerhalb des NATO-Bündnisses. Durch Einsätze wie in Afghanistan drohe eine Wandlung vom „Bürger in Uniform“ zu einem „technokratisch agierenden Kriegsfunktionär“. Oberstleutnant a.D. Husemann forderte mit Hinweis auf zunehmende posttraumatische Eindrücke die Verringerung der Höchstdauer eines Auslandseinsatzes von sechs auf vier Monate.

Husemann forderte die Verabschiedung von verteidigungspolitischen Richtlinien durch den Bundestag. Denn der Soldat müsse wissen, warum er in gefährliche Einsätze geschickt werde. Allseits auf Ablehnung in der Veranstaltung stieß die Aussage des Verteidigungsministers, die Freiheit Deutschlands müsse am Hindukusch verteidigt werden. Allerdings hielt Nachtwei es für erforderlich, sich im Kosovo ähnlich Deutschlands nach 1945 auf eine lange internationale Garnison einzustellen.

Februar 2005